

23/91 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir bleiben unbeirrt bei unserem stabilen Kurs

Beim Londoner Wirtschaftsgipfel haben die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen den positiven Beitrag gewürdigt, den Deutschland zur Stärkung der internationalen Konjunktur und damit für Wachstum und Beschäftigung in den westlichen Industrieländern leistet. Ich konnte im Blick auf den westlichen Teil Deutschlands darauf hinweisen,

● daß sich die deutsche Wirtschaft im neunten Jahr in einer stetigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung befindet;

● daß die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr um 4½ Prozent gewachsen ist; ich gehe davon aus, daß das Wirtschaftswachstum auch im ersten Halbjahr 1991 wieder bei 4½ Prozent gelegen hat;

● daß die Zahl der Arbeitsplätze mit über 29 Millionen noch nie so hoch war wie heute;

● daß die D-Mark nach wie vor unverändert zu den stabilsten und begehrtesten Währungen der Welt gehört.

Gleichzeitig habe ich in London erläutert, daß wir im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung vor der größten nationalen Aufgabe unserer Geschichte stehen — nämlich nach vierzig Jahren der Trennung in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht die Einheit der Lebensverhältnisse in Deutschland wiederherzustellen.

(Fortsetzung Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Abrüstung

Alfred Dregger: Das Ziel von START II muß die Halbierung der Arsenale sein. Seite 6

● Paragraph 218

Oberstes Ziel: Das ungeborene Kind besser schützen als bisher. Seite 7

● Arbeit

Beschäftigungsgesellschaften: Kompromiß für eine Übergangszeit. Seite 9

● Rauschgift

Drogenhandel in Deutschland durch Vorbeugung bekämpfen. Seite 10

● CDU Thüringen

Erfolgreicher Landesparteitag in Gera. Seite 16

● Aktion Solidarität

Partnerschaft Ergste-Mochau: Mit der Übergabe eines Spielplatzes große Freude bei den Kindern in Sachsen ausgelöst. Seite 19

Aufschwung im Osten hat begonnen

Der Wirtschaftsaufschwung in den neuen Bundesländern hat nach Einschätzung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Frankfurt/Main) schon begonnen. „Das Fundament, auf dem die Wirtschaft aufgebaut wird, wird sichtbar“, sagte KfW-Vorstandssprecher Gerhard Götte in Erfurt. Seit Anfang 1990 hat die KfW nach eigenen Angaben aus den neuen Ländern 110.000 Kreditanträge über ein Volumen von 20 Milliarden DM erhalten. Davon seien bisher 80.000 Kredite im Umfang von 12,2 Milliarden DM zugesagt. Im Vergleich zu früheren Jahren bedeutet dies für die KfW mehr als eine Vervierfachung der Kreditanträge. 70 Prozent der Aktivitäten des Instituts entfielen inzwischen auf Ostdeutschland.

CDU/CSU-Appell an neue Länder: Baumalleen erhalten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die ostdeutschen Länder und Kommunen aufgefordert, die Baumalleen zu erhalten und bereits eingeleitete Fällaktionen zu stoppen. Der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Rüttgers unterstützte die Bemühungen von Verkehrsminister Günther Krause, das Abholzen von Chaussee-Bäumen zu verhindern. Die Fehler in den 60er Jahren in der alten Bundesrepublik, wo gedankenlos Alleebäume dem wachsenden Autoverkehr geopfert worden seien, dürften sich nicht wie-

Nachrichten aus den neuen Ländern

derholen. Ausnahmen sieht Rüttgers nur dann, wenn derartige Bäume krank sind, ein Unfallschwerpunkt beseitigt werden muß oder die Verkehrssicherheit nicht anders gewährleistet werden kann.

Umfrage: Ostdeutsche Studenten spüren Verbesserungen

Die Studierenden an den ostdeutschen Hochschulen spüren eine „Wende“ zu Verbesserungen. Dies geht aus einer Umfrage bei etwa 1.200 Studenten verschiedener Fachbereiche durch das Hochschul-Informationssystem (HIS) in Hannover hervor. Zwei Drittel der Befragten gaben an, mit ihrem Studentendasein „alles in allem zufrieden zu sein“.

Handwerk will 20.000 bis 30.000 neue Lehrstellen im Osten schaffen

Das deutsche Handwerk will noch in diesem Jahr 20.000 bis 30.000 neue Lehrstellen im Osten schaffen, um eine massenhafte Ost-West-Wanderung angehender Lehrlinge zu verhindern. Die Jungen und Mädchen müßten in ihrer Heimat eine qualifizierte Ausbildung bekommen, weil dort sonst in der Zukunft die Fachkräfte fehlen werden,

sagte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Heribert Späth. Der Zentralverband will in einer gemeinsamen Aktion mit dem Industrie- und Handelstag für die Bereitstellung neuer Lehrstellen werben.

Bauerwartung in Erfurt optimistisch

„Jedes Gerüst ist ein Zeichen der Hoffnung.“ Mit diesen Worten umriß ein Vertreter der Stadt Erfurt vor dem Städtebauausschuß die Situation seiner Stadt. Die Bauwirtschaft habe einen solchen Aufschwung erreicht, daß die einheimischen Betriebe aufgrund der Abwanderung qualifizierter Kräfte in den Westen und der Struktur der Betriebe an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gelangt seien.

Die ersten 275 Polizeianwärter Ostdeutschlands in Leipzig vereidigt

Die ersten 275 Polizeianwärter aus Ostdeutschland sind in Leipzig vereidigt worden. Die jungen Leute, unter ihnen 52 Frauen, kommen aus den Regierungsbezirken Leipzig und Chemnitz und waren in der Woche zuvor als erste in Sachsen zu Beamten auf Widerruf ernannt worden. Es sei seit 57 Jahren die erste Vereidigung von Polizeianwärtern Ostdeutschlands, die auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung erfolge, sagte Sachsens Innenminister Rudolf Krause in seiner Grußrede.

Gut gerüstet für Herausforderungen

(Fortsetzung von Seite 1)

Um diese große Herausforderung zu bestehen, sind wir heute gut gerüstet. Denn seit ihrem Amtsantritt 1982 hat diese Bundesregierung den konsequenten Kurs einer sparsamen Haushaltspolitik gesteuert, der uns heute den nötigen finanzpolitischen Handlungsspielraum gewährt. Die jährliche Neuverschuldung des Bundes wurde zwischen 1982 und 1989 von 37 Mrd. DM auf 19 Mrd. DM gesenkt, d. h. etwa halbiert. Die sparsame Haushaltsführung hat es uns zugleich erlaubt, die Steuern für Bürger und Wirtschaft zwischen 1986 und 1990 um rd. 50 Mrd. DM zu senken.

Angesichts der Notwendigkeit der besonderen finanziellen Anstrengungen für die deutsche Einheit muß dennoch eine Politik sparsamer Haushaltsführung höchsten Vorrang haben. Deshalb wird im nächsten Jahr die Neuverschuldung um 16 Mrd. DM auf 50 Mrd. DM gesenkt. Bis 1995 wollen wir sie weiter deutlich zurückführen. Zu dieser soliden Haushaltspolitik gehört, daß in den kommenden drei Jahren Steuervergünstigungen und Finanzhilfen von mehr als 30 Mrd. DM abgebaut werden. Wir wollen die Ausgaben des Bundes von 1992 bis 1995 um nicht einmal 2 ½ Prozent jährlich erhöhen. Das ist nur etwa die Hälfte der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts. Es bleibt im übrigen bei der klaren zeitlichen Befristung des Solidaritätszuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bis Mitte 1992.

Solide Finanzpolitik

Für eine solide Finanzpolitik ist es auch wichtig, finanzielle Herausforderungen außerhalb des Bundeshaushalts sorgfältig

zu beachten. Dies gilt vor allem für die Finanzbelastungen bei der Treuhandanstalt. Auch hier wird die Bundesregierung für eine klare Begrenzung der finanziellen Defizite Sorge tragen. Um den Kapitalmarkt zu schonen, ist es ferner erforderlich, daß gerade die Länder und Gemeinden ihrerseits ebenfalls eine äußerst sparsame Ausgabenpolitik verfolgen. Im Blick auf Wachstum, Arbeitsplätze und Stabilität sind nicht nur Staat und Politik gefordert. Ich respektiere selbstverständlich die Tarifautonomie. Aber die Tarifpartner müssen wissen, daß sie in dieser besonderen Situation im Gefolge der deutschen Einheit historische Verantwortung tragen. Sie müssen durch eine Lohnpolitik mit Augenmaß dafür sorgen, daß Produktion und Beschäftigung in der gesamten Wirtschaft der neuen Länder bald wieder steigen.

Auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel habe ich volles Verständnis dafür gefunden, daß Deutschland jetzt die Investitionen für die deutsche Einheit finanzieren will und muß. Und alle waren mit mir der Auffassung, daß Investitionen in den neuen Bundesländern Investitionen in die Zukunft sind.

Schon heute sind die positiven Wirkungen dieser Investitionen spürbar. In den neuen Bundesländern sind erste Aufschwungkräfte klar erkennbar:

- Mehr als 2.500 ehemals staatliche Betriebe konnten innerhalb von nur 8 Monaten bereits privatisiert werden.
- Die Baukonjunktur ist auf breiter Front angesprungen.
- Dienstleistungsbetriebe, Handwerk und Mittelstand berichten über eine zunehmend positive Geschäftsentwicklung.

- Bei der Infrastruktur sind erste Verbesserungen deutlich spürbar, vor allem bei Telefon und Telekommunikation.

Zukunftsvorsorge gesichert

Der entschiedene Sparkurs des Bundes erfordert, daß strenge Maßstäbe an neue Ausgabenwünsche gelegt werden. Aber er wird nicht dazu führen, daß dringende Aufgaben staatlicher Zukunftsvorsorge vernachlässigt werden. Die Leistungen für Familien werden weiter erhöht, insbesondere werden das Kindergeld für das erste Kind sowie die Kinderfreibeträge weiter angehoben.

Mit der angekündigten Unternehmenssteuerreform wollen wir den Standort Deutschland weiter stärken, damit bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Dabei werden wir eng mit den Ländern und Gemeinden zusammenarbeiten. Denn gerade finanzielle Autonomie und Leistungskraft der Gemeinden sind unverzichtbare Voraussetzungen unserer föderalen Vielfalt und unserer wirtschaftlichen Stärke.

Nur durch unsere solide Finanzpolitik sind wir auch in der Lage, unsere gewachsene Verantwortung in der Welt wahrzunehmen. So helfen wir der Sowjetunion und unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa wie kein anderes westliches Land bei der Bewältigung des schwierigen Übergangs vom Sozialismus zu einer demokratischen Ordnung und zur Sozialen Marktwirtschaft. Ich habe allerdings

in London die Erwartung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die anderen westlichen Länder sich bei der Hilfe für die Sowjetunion und die Länder Mittel- und Osteuropas stärker finanziell engagieren. Eine freiheitliche, friedliche Entwicklung in der Sowjetunion und in den Ländern Mittel- und Osteuropas liegt im gemeinsamen Interesse aller. Es ist besser, jetzt Mittel in diese freiheitliche Entwicklung zu investieren als in die Hochrüstung.

So können wir mit unserer soliden Finanzpolitik sowohl die Herausforderungen der deutschen Einigung als auch unsere internationalen Aufgaben bewältigen. Zugleich ist die Bundesrepublik Deutschland gerüstet für den Europäischen Binnenmarkt am 31. Dezember 1992.

Wir leben in einer Zeit dramatischer Veränderungen — Veränderungen zum Besseren, die auch erstmals wirkliche Abrüstung möglich machen. Länder, die jahrzehntelang unter einer Diktatur leben mußten, haben die Freiheit zurückgewonnen. In großen Schritten wird Sozialismus durch Soziale Marktwirtschaft ersetzt. Deutschland wird weiterhin zu dieser umfassenden Erneuerung seinen Beitrag leisten, nicht zuletzt weil wir in der Mitte Europas den größten Nutzen davon haben. Unsere Mitbürger, unsere Partner in der Welt können sich darauf verlassen, daß die deutsche Politik unbeeinträchtigt an ihrem verlässlichen und stabilen Kurs festhält.

Kindergeldzuschlag für fast 800.000 Berechtigte in den neuen Bundesländern

Für alle Monate des Jahres 1991 erhalten in den neuen Ländern Familien mit einem Kind zu dem Kindergeld in Höhe von 50 Mark einen Zuschlag von 15 Mark monatlich. Auf diese Regelung hat kürzlich die Bundesanstalt für Arbeit hingewiesen.

Weltwirtschaftsgipfel

Ein großer politischer Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl

Zu den Ergebnissen des Weltwirtschaftsgipfels erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Vom Londoner Weltwirtschaftsgipfel sind bedeutende Impulse für eine neue „Weltinnenpolitik“ und damit zur Lösung der globalen ökologischen und ökonomischen Probleme der Weltwirtschaft ausgegangen. Die Bundesrepublik Deutschland hat dabei in vielen Bereichen (z. B. Osteuropahilfe, Rüstungsexportkontrolle, Umweltschutz) eine Vorreiterrolle gespielt. Dies gilt insbesondere für das historische Treffen mit Präsident Gorbatschow.

Die Gipfelteilnehmer haben ihr Vertrauen in die finanzielle und wirtschaftliche Bewältigung der deutschen Einheit zum Ausdruck gebracht; die Rolle der Bundesrepublik als internationale „Konjunkturlokomotive“ ist als Beitrag zu weltweitem Wachstum anerkannt worden.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die besondere deutsche Lage nun auch international besser verstanden wird; Forderungen nach einer Zinssenkungsrunde unter deutscher Beteiligung wurden daher nicht aufgestellt. Damit ist der Weltwirtschaftsgipfel zu einem persönlichen Erfolg des Bundeskanzlers geworden.

Die westlichen Industrienationen haben sich bereit erklärt, den Reformprozeß in den Ländern Mittel-, Ost- und Südost-Europas weiter nachhaltig zu unterstüt-

zen. Dabei soll je nach Lage des betroffenen Landes eine unterschiedliche Strategie verfolgt werden. Für die UdSSR stehen dabei technische und institutionelle Hilfen beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft im Vordergrund, bei den übrigen Reformländern Aspekte der Markttöffnung und des Umweltschutzes sowie finanzielle Hilfen. Damit wird den Ländern Ost-Europas eine realistische Perspektive eröffnet, in einem überschaubaren Zeitraum Anschluß an die Weltwirtschaft zu gewinnen.

Heilsamer Erfolgszwang

Für die Exportnation Bundesrepublik ist es von herausragender Bedeutung, daß die Gipfelteilnehmer einen neuen Anlauf unternehmen wollen, die festgefahrenen GATT-Verhandlungen bis Ende 1991 zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Mit der grundsätzlichen Verständigung über dieses Zieldatum haben sich alle Beteiligten einem „heilsamen Erfolgszwang“ unterworfen.

Mit der grundsätzlichen Verständigung auf mehr Wettbewerb in unseren Volkswirtschaften, der Beseitigung wettbewerbsverzerrender Subventionen sowie einer Verbesserung der Infrastruktur haben die westlichen Industrienationen die Weichen für einen selbsttragenden Konjunkturaufschwung der Weltwirtschaft gestellt. Auf dem kommenden Weltwirtschaftsgipfel in München sollte hierüber eine erste Zwischenbilanz gezogen werden. ■

Das Ziel von START II muß die Halbierung der Arsenale sein

Zu der zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erzielten Vereinbarung, das Abkommen über die Reduzierung „Strategischer Atomwaffen“ (START) Ende Juli in Moskau zu unterzeichnen, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, daß die sowjetisch-amerikanischen START-Vereinbarungen nach nunmehr neunjährigen Verhandlungen unterschriftsreif sind. Sie sind ein erster Schritt in die richtige Richtung: die Reduzierung der Atomwaffenarsenale.

Diesem ersten Schritt müssen weitere folgen. Denn die Reduzierungen werden nur marginal sein und betreffen nur bestimmte Waffensysteme. Bei den luft- und seegestützten „strategischen“ Waffen sind nach diesen Vereinbarungen sogar Zuwächse möglich.

Dies mag dem Status-Interesse der nuklearen Supermächte entsprechen; der Interessenlage der Menschheit genügt es nicht. Spätestens seit dem Tschernobyl-Unfall mit seinen immer noch unbewältigten Folgen wissen wir, wie fragwürdig der militärische Nutzen von Atomwaffen ist. Selbst ihr politischer Zweck — die Abhaltung vom Gebrauch militärischer Macht; die Abschreckung vor bzw. die Beendigung einer bewaffneten Auseinandersetzung — erforderte nur wenige Atomwaffen in der auf diesen Zweck hin optimierten Diversifikation und mit der diesem Zweck entsprechenden Reichweite (in „Das Sanktuarium“ des potentiellen Aggressors).

Alle anderen müssen verschwinden, insbesondere vom Gefechtsfeld!

Nach der jetzt erzielten Vereinbarung werden die Arsenale beider Atomgiganten noch nicht einmal auf die Ausgangszahlen von 1982 — bei der Eröffnungspartie von START — reduziert. Das von Präsident Reagan seinerzeit verkündete Ziel — Verringerung auf 50 Prozent der damaligen Bestände — wurde schon lange nicht mehr verfolgt.

Es muß wieder aufgegriffen werden. Die Sowjetunion hat inzwischen die Erfahrung machen können, wie wenig ihr atomare Gefechtsköpfe bei der Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Krise nutzen. Gorbatschows Prestige

Die START-Vereinbarungen sind nur der Anfang. Eine neue Weltordnung ist nicht auf atomaren Gefechtsköpfen zu gründen.

hängt nicht ab von den Atomwaffen der Sowjetunion, sondern von seiner Bereitschaft und Fähigkeit zur Reform.

Auch eine neue Weltordnung, die der amerikanische Präsident Bush mit Hilfe der Vereinten Nationen anstrebt, ist nicht auf Zehntausende von atomaren Gefechtsköpfen zu gründen. Die richtigen Stichworte sind: Minimalabschreckung und Nichtverbreitung (Nonproliferation).

Deshalb fordere ich die Präsidenten Bush und Gorbatschow auf: Weitermachen! Das Ziel von START II muß die Halbierung der Arsenale sein; dann sollten auch die anderen Atomkräfte an START III beteiligt werden können. ■

Oberstes Ziel: Das ungeborene Kind besser schützen als bisher

Zur „Ansbacher Erklärung“ der CSU erklärte die Vorsitzende der CDU-Kommission „Schutz des ungeborenen Lebens“, Bundesministerin Hannelore Rönsch:

Die im Beschluß des Parteiausschusses der CSU niedergelegten Grundsätze für einen verbesserten Schutz des ungeborenen Kindes machen deutlich, daß hier in allen wesentlichen Fragen zwischen den Unionsparteien völlige Übereinstimmung besteht:

1. CDU und CSU treten für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Kindes ein. Oberstes Ziel ist es, das ungeborene Kind besser als bisher zu schützen und alles zu tun, damit die hohe Zahl der Abtreibungen zurückgeht.

2. Beide Unionsparteien wollen den Schutz des ungeborenen Kindes in erster Linie durch soziale Hilfen verbessern. Diese sind die Grundlagen einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft und eine wesentliche Möglichkeit, die Entscheidung für das Kind zu erleichtern.

3. CDU und CSU lehnen die Fristenregelung, wie sie 1975 vom Bundesverfassungsgericht verworfen wurde, aus ethischen Gründen in Übereinstimmung mit den Werten des Grundgesetzes ab.

4. CDU und CSU sehen in der Beratung für Schwangere einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz des ungeborenen Kindes. Beratung kann erheblich dazu beitragen, eine im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft bestehende Not-

lage zu bewältigen und Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen. Beratung muß auch die Information über und die Vermittlung von öffentlichen und privaten Hilfen beinhalten.

Die Beratung soll der Frau ermöglichen, eine verantwortliche Entscheidung zu treffen; sie ist aber nicht Entscheidungsinstanz. Deshalb müssen Beratung und Indikationsstellung voneinander unabhängig sein.

Beide Unionsparteien vertreten die Auffassung, daß eine Frau, die nach einer Beratung durch eine anerkannte Beratungsstelle einen Abbruch vornehmen läßt, grundsätzlich von Strafe freigestellt werden soll.

5. Nach den allgemeinen Regeln ärztlicher Ethik ist jeder medizinische Eingriff mit dem Vorliegen einer Indikation zu begründen. Beide Unionsparteien treten dafür ein, daß von diesem Grundsatz im Fall des Schwangerschaftsabbruchs keine Ausnahme gemacht wird. In bestimmten Fällen soll auf die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs verzichtet werden:

- bei Vorliegen einer medizinischen Indikation,
- bei Vorliegen einer psycho-sozialen Notlage, die so schwer wiegt, daß — unter besonderer Würdigung des Lebensrechts des Kindes — ein Austragen der Schwangerschaft nicht verlangt und die Notlage anders nicht behoben werden kann.

Die eugenische und die kriminologische Indikation sollen in der psycho-sozialen

Reform der EG-Agrarpolitik

Kiechle: Drastische Preissenkungen sind für uns keine Alternative

Mit dem jetzt vorgelegten Konzept zur Reform der EG-Agrarpolitik schießt die EG-Kommission weit über das Ziel hinaus. Eine Preissenkung von 35 Prozent bei Getreide ist für die Landwirte, deren Einkommenssituation gerade jetzt wieder besonders angespannt ist, keine Zukunftsperspektive.

Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle hat daher gegen diesen Teil der Vorschläge der EG-Kommission seinen entschiedenen Widerstand angekündigt.

Die gegenwärtigen Probleme in der EG-Agrarpolitik machen eine Reform unumgänglich. Die CDU-geführte Bundesregierung hält jedoch daran fest, daß auch nach einer Reform die Einkommen der Landwirte im wesentlichen über den Markt erzielt werden müssen. Einkommensübertragungen dürfen nur ergänzenden Charakter haben.

Eine realistische Alternative zum EG-Konzept kann daher nur eine wirk-

same Mengengrenzung gegen Einkommensausgleich sein. Dafür wird sich Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle auch in Zukunft in Brüssel einsetzen. Bestimmte Ansätze im Kommissionsvorschlag sind daher positiv zu bewerten: so etwa die Förderung der Flächenstilllegung, die Quotenverringering bei der Milch und die Förderung extensiver Produktionsformen bei Rindfleisch. Vernünftig ist es ebenfalls, die Gewährung eines Einkommensausgleichs von der Beteiligung an der Flächenstilllegung abhängig zu machen.

Nur mit solchen Maßnahmen wird es gelingen, die Überschüsse abzubauen und den notwendigen Anpassungsprozeß für die Landwirte besser und gerechter zu gestalten. Dazu gehört auch, daß wettbewerbsfähige Betriebe in ihrer Entwicklung durch eine Neugestaltung der EG-Agrarpolitik nicht beeinträchtigt werden und daß die Umstrukturierung der Betriebe in den neuen Bundesländern nicht behindert wird.

Notlage aufgehen. Es muß im Einzelfall entschieden werden, was z. B. eine Frau und ihre Familie sich an Belastung durch ein behindertes Kind zutrauen kann. Eine gesonderte eugenische Indikation soll nicht zu dem Eindruck führen, daß behindertes Leben kein lebenswertes Leben sei.

CDU und CSU streben gemeinsam eine verbesserte gesetzliche Regelung zum

Schutz des ungeborenen Kindes an, die umfangreiche Hilfen zur Bewältigung eines Schwangerschaftskonfliktes, kompetente Beratung und eindeutige Rechtsnormen vorsieht. In einer solchen Neuregelung kann nur derjenige eine „Verschärfung“ der bisherigen Rechtslage sehen, der das Lebensrecht des ungeborenen Kindes dem sogenannten Selbstbestimmungsrecht unterordnen will.

Beschäftigungsgesellschaften

Kompromiß für eine Übergangszeit

Zur „Rahmenvereinbarung zur Bildung von Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung“ erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Glos:

Die Einigung zwischen Treuhandanstalt, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Vertretern der neuen Bundesländer, daß sich die Treuhand künftig mit zehn Prozent an Beschäftigungs-(Dach-)Gesellschaften beteiligt und die Gründung von Untergesellschaften mit Sachmitteln, Räumlichkeiten und Personal unterstützt, stellt einen angemessenen Kompromiß dar:

Einerseits wird damit der Weg frei, für eine Übergangszeit in strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit eine Beschäftigungsbrücke für diejenigen Menschen zu organisieren, die im Zuge von Unternehmensanierungen ihren Arbeitsplatz verlieren. Anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, können Arbeitnehmer mit staatlicher Hilfe in begrenztem Umfang sinnvoll beschäftigt, qualifiziert oder umgeschult werden.

Soziale Härten abfedern

Damit wird andererseits der Auftrag der Treuhandanstalt nicht behindert, die ostdeutschen Unternehmen zu privatisieren und zu sanieren. Insgesamt gesehen wird mit der Einigung ein Weg ermöglicht, sowohl den notwendigen Personalabbau in den Betrieben voranzubringen als auch auftretende soziale Härten weitestgehend abzufedern.

Es ist aber davor zu warnen, in Beschäftigungsgesellschaften eine Dauerlösung zu

sehen oder damit gar die Hoffnung auf eine flächendeckende Lösung der Arbeitsmarktprobleme in den neuen Bundesländern zu verbinden. Die Existenz derartiger Gesellschaften muß von vornherein zeitlich befristet sein, um den notwendigen Strukturwandel im Osten Deutschlands nicht zu behindern und um eine Dauersubventionierung durch den Staat zu vermeiden.

Die notwendige Eigeninitiative bei der Suche eines Arbeitsplatzes darf durch die Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften nicht behindert werden.

Der Einsatz von Beschäftigungsgesellschaften findet insbesondere dort seine Grenze, wo diese Unternehmen — staatlich subventioniert — mit neu geschaffenen privaten Handwerksbetrieben in Konkurrenz treten. In diesem Falle würde die Schaffung sich selbst tragender Arbeitsplätze behindert und ein falsches wirtschaftspolitisches Signal gesetzt.

Den Beteiligten muß auch immer wieder klargemacht werden: Oberstes Ziel für alle Arbeitnehmer ist es nicht, beschäftigt zu sein, sondern eine rentable Arbeit zu finden. Es muß deshalb vermieden werden, daß durch die Errichtung von Beschäftigungsgesellschaften die notwendige Eigeninitiative zum Suchen eines neuen Arbeitsplatzes behindert wird. Auch in den Beschäftigungsgesellschaften muß sich jeder einzelne um sein berufliches Weiterkommen kümmern. ■

Drogenhandel in Deutschland durch Vorbeugen bekämpfen

Auf die mit der Entstehung des europäischen Binnenmarktes 1993 verbundenen Gefahren eines zunehmenden Drogenhandels in Europa und besonders in Deutschland hat der umweltpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Karl-Heinz Florenz, in Brüssel hingewiesen.

Durch den Wegfall der Grenzen sei dabei in Deutschland besonders auch Nordrhein-Westfalen gefährdet, das das Bundesland mit den meisten Grenzen zum Ausland sei. Angesichts dieser Perspektive sei es unerlässlich, daß dem Abbau der inneren Grenzen der Gemeinschaft ein gleichzeitiger Ausbau der polizeidienstlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer gegenüberstehe, sagte Florenz.

Um das Problem an der Wurzel zu packen, sei es jedoch vor allen Dingen notwendig, die Aufklärungsarbeit zu intensivieren. Das vorrangige Ziel bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs könne nicht in repressiven Maßnahmen liegen, sondern in der Vorbeugung, erklärte Florenz.

Als Gründe für die besondere Gefährdung Deutschlands und Nordrhein-Westfalens durch den internationalen Drogenhandel, der mittlerweile in jeder Minute weltweit eine Million US-Dollar umsetze, nannte Florenz das Wirtschafts- und Rechtssystem Deutschlands, seine geographische Lage und sein Wohlstandsniveau, wodurch die Bundesrepublik zu einem attraktiven Umschlagplatz insbesondere in Sachen Rauschgift geworden sei. Nach der Wiedervereinigung käme nun zusätzlich die Brückenfunktion

Deutschlands zwischen West und Ost hinzu.

Gestützt auf die Untersuchungen von Berndt Georg Thamm, Dozent an der Polizeiakademie in Berlin, erklärte Florenz: „Das politisch geeinte Deutschland ist auf dem Wege, leider auch für Drogen und organisierte Kriminalität zum Tor zwischen Ost und West zu werden.“ Als ein Beispiel unter vielen nannte er hierfür eine neue Schmuggelroute für Rauschgift aus der Türkei, die über Bulgarien, Rumänien und Ungarn zunächst in die ČSFR führt und von dort über die Bundesrepublik in den Westen.

Das vielleicht größte Problem für Ost-, Mittel- und Westeuropa stellt nach Ansicht von Florenz die bedrohliche Entwicklung des organisierten Verbrechens

Primäres Ziel: Drogenmißbrauch erst gar nicht entstehen lassen.

in der Sowjetunion dar. Schon heute werde die Zahl der in dem Riesenreich operierenden Tätergruppen auf insgesamt 2.600 bis über 4.000 geschätzt, von denen einige bereits in Deutschland tätig seien. Dabei nutze die sogenannte „rote“ oder „Russen-Mafia“ geschickt die durch die deutsche Wiedervereinigung neugewonnenen Vorteile. So ließen etwa die noch fehlenden verfestigten Strukturen der inneren Sicherheit in den fünf neuen Bundesländern Ostdeutschland zu einem „absoluten Paradies auch der Russen-Mafia“ werden.

Darüber hinaus verfüge das organisierte

Aus dem Bildungsprogramm der KAS

Frauen- und gesellschaftspolitische Themen, Kontakte und Erfahrungsaustausch sowie praktische Hilfestellungen stehen im Mittelpunkt einer neuen Fachtagsreihe, die das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Schloß Eichholz durchführen wird.

Titel:

Frauen und Politik

Die Serie besteht zunächst einmal aus drei Teilen.

Teil 1:

Frauenleben heute — Zur Situation der Frauen in unserer Gesellschaft

11. bis 13. Oktober 1991 (VA Nr. 274)

Teil 2:

Frauen und Mandat — Wege der Frauen in die Politik

7. bis 9. Februar 1992

Teil 3:

Frauen in die Politik — Rhetorik für die politische Praxis

20. bis 22. März 1992

Zur Teilnahme eingeladen sind Frauen, die Parteien, gesellschaftspolitisch tätigen Verbänden und Vereinen bzw. deren Jugendorganisationen angehören, in ihnen bereits aktiv sind oder dies werden wollen, selbstverständlich auch Frauen, die als festangestellte bzw. freie Mitarbeiterinnen in den genannten Bereichen tätig sind oder sich beruflich mit Belangen von Frauen befassen.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz, Postfach 1331
W-5047 Wesseling

Verbrechen in der Sowjetunion in den 380.000 noch in der ehemaligen DDR stationierten Soldaten sowie in den Emigrantenkolonien westdeutscher Großstädte, die in den kommenden Jahren zudem noch rapide anwachsen würden, über ein schier unerschöpfliches Rekrutierungspotential.

Angesichts dieser negativen Entwicklungen, die durch den Wegfall der EG-Binnengrenzen drohen, noch zusätzlich beschleunigt zu werden, fordert der christdemokratische Gesundheitspolitiker als erste Gegenmaßnahme den verstärkten Ausbau der polizeilichen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

Primäres Ziel müsse es jedoch sein, Drogenmißbrauch erst überhaupt nicht entstehen zu lassen. In diesem Zusammen-

hang wies Florenz auf dem im Herbst letzten Jahres von der Arbeitsgemeinschaft Drogen erarbeiteten „Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan“ hin, der die Prävention eindeutig in den Vordergrund gestellt habe. Vorbeugende Maßnahmen könnten die Bereitschaft, illegale Drogen und andere Suchtmittel zu probieren, entscheidend beeinflussen und die Nachfrage nach Rauschmitteln verringern.

„Der Prävention kommt deshalb bei der Suchtmittelbekämpfung zentrale Bedeutung zu“, erklärte Florenz. Aus diesem Grunde hätten Bund und Länder unter Mitwirkung vieler gesellschaftlicher Gruppen in diesem Bereich einen neuen Schwerpunkt gesetzt. So habe allein der Bund seine Mittel im Jahr 1990 von 1,8 Mio. DM auf 12,8 Mio. DM mehr als versiebenfacht. ■

EG-Sozialfonds fördert aktive Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern

Der europäische Sozialfonds bewilligt der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1991 139 Millionen, im Jahr 1992 154,5 Millionen und im Jahre 1993 170 Millionen Mark für die Förderung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur sozialen Flankierung der Strukturanpassung in den neuen Bundesländern. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm unterzeichnete eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit über die Verwendung dieser Gelder.

Mit diesen Mitteln sollen zusätzliche Anstrengungen zu den Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz finanziert werden. So kann ein pauschaliertes Unterhaltsgeld in Höhe von 750 bzw. 800 Mark monatlich während der Dauer der Teilnahme an ganztägigen Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose, unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedrohte oder ungelernete Arbeitnehmer gewährt werden, die zwar einen Anspruch auf Erstattung von Maßnahmekosten, nicht jedoch einen Anspruch auf Unterhaltsgeld haben.

Teilunterhaltsgeld

Gefördert werden sollen insbesondere Berufsrückkehrer, Hochschulabgänger und ehemals Selbständige in den neuen Bundesländern.

Teilnehmern an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kann ein Teilunterhaltsgeld

auch dann gewährt werden, wenn der Qualifizierungsanteil bei diesen Maßnahmen zwischen 20 und 50 Prozent beträgt. Nach geltendem Recht kann Teilunterhaltsgeld nur bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit einem Qualifizierungsanteil von bis zu 20 Prozent gewährt werden.

Der Kinderbetreuungszuschuß nach dem Arbeitsförderungsgesetz kann bis zu 120 Mark monatlich pro Kind, in besonderen Härtefällen für die Dauer bis zu 6 Monaten auf 250 Mark monatlich aufgestockt werden.

Konkrete Hilfe der EG

Die Vereinbarung sieht auch die Aufstockung des Einarbeitungszuschusses um 126,50 Mark wöchentlich für Arbeitnehmer vor, die von Arbeitgebern mit Sitz in den neuen Bundesländern zur Einarbeitung in das Gebiet der alten Bundesländer entsandt werden.

Norbert Blüm begrüßte die Bereitschaft der Europäischen Gemeinschaft, durch Mittel aus dem Sozialfonds die aktive Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern zu unterstützen: Hier leistet Europa konkrete Hilfe. So erfahren unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Bundesländern, daß Europa keine ferne bürokratische Institution ist, sondern eine Gemeinschaft, die jenen, die der Unterstützung bedürfen, unter die Arme greift.

Kommunale Investitionen in Sachsen und Thüringen auf vollen Touren

Nach Zwischenbilanzkonferenzen zum „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ mit den Landesregierungen in Dresden und Erfurt erklärte Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Die vielfältigen Investitionsmaßnahmen im „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ kommen gut voran. Spitzenreiter dabei ist das 5-Mrd.-DM-Programm der Bundesregierung, das den Städten, Gemeinden und Kreisen kommunale Investitionspauschalen ohne besondere Antrags- und Bewilligungsverfahren nach der Einwohnerzahl zur Verfügung gestellt hat. Von den 1,490 Mrd. DM, die davon nach Sachsen kamen, sind bis 30. Juni 1991 bereits 1,062 Mrd. DM für konkrete Projekte verplant, Aufträge für 670,341 Mio. DM wurden vergeben, die weiteren Auftragsvergaben stehen kurzfristig bevor.

In Thüringen, das aus diesem Programm 816,6 Mio. DM erhielt, ist in den Landkreisen das meiste Geld für konkrete Projekte verplant. Über 40 Prozent der Mittel sind bereits durch Auftragsvergaben an die Bauwirtschaft gebunden.

Spitzenreiter beim Mitteleinsatz sind in beiden Ländern die Großstädte. An die kreisfreien Städte in Thüringen wurden 174,14 Mio. DM gezahlt, davon sind 173,87 Mio. DM konkret verplant, für 156,74 Mio. DM wurde die Bauausführung begonnen bzw. schon abgeschlossen. In Sachsen hat z. B. die Stadt Dresden von zugeteilten 152,5 Mio. DM 139,5 Mio. DM verplant und bereits für 126,4 Mio. DM Aufträge erteilt!

Schwerpunkte des Mitteleinsatzes sind: Bauliche Sanierungsmaßnahmen an Schulen, Kindergärten und weiteren öffentlichen Einrichtungen. Besonders geht es dabei um Erneuerung von Heizungsanlagen, Dachsanierungen und Verbesserung der sanitären Verhältnisse. Aber auch Maßnahmen für den Umweltschutz, für Wohnungen, Straßen, Gewerbeansiedlung und Verwaltungseinrichtungen sind angelaufen.

Auch die einzelnen großen Fachprogramme für Wohnungsbau, Umweltschutz, Straßenbau, öffentlichen Personennahverkehr und regionale Wirtschaftsförderung wurden inzwischen stark in Anspruch genommen.

Neben den Bundeszuschüssen wurden aus dem günstigen Kommunalkredit-Programm des Bundes bis 11. Juli 1991 für Kommunen in Sachsen 2,486 Mrd. DM bereitgestellt, und zwar für 910 Maßnahmen. An Kommunen in Thüringen gingen 1,488 Mrd. DM für 924 Projekte. ■

Personalie

Das Bundeskabinett hat dem Vorschlag von Bundesministerin Angela Merkel zugestimmt, Pfarrer **Dieter Hackler** zum Bundesbeauftragten für den Zivildienst im Bundesministerium für Frauen und Jugend zu ernennen.

Dieter Hackler (36) ist Pfarrer der evangelischen Kreuzkirchengemeinde Bonn (Schwerpunkt: Jugendarbeit und Erwachsenenbildung) und Vorsitzender des Evangelischen Gemeindeverbandes Bonn.

Ost-Handwerk klagt über Mangel an Fachkräften

Ein „eklatanter Fachkräftemangel“ zeichnet sich nach Auskunft des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer ab. Allein im Handwerk könnten gegenwärtig rund 40.000 offene Stellen nicht besetzt werden, sagte ZDH-Präsident Späth. Fachkräfte fehlten insbesondere in den traditionellen Bauberufen sowie im Sanitär-, Klima- und Heizungsgewerbe.

Telefonleitungen geschaltet

Das Telefonieren zwischen Ost- und Westdeutschland soll noch in diesem Monat leichter werden. Bis Ende Juli würden zusätzlich 100.000 neue Anschlüsse im Osten geschaltet, kündigte Telekom-Vorstandschef Helmut Ricke an. Bis zum Jahresende werde die Zahl der neuen Telefonanschlüsse auf insgesamt 500.000 steigen.

Abstand ost- und westdeutscher Haushaltseinkommen schrumpft

Die realen Einkommensabstände zwischen ost- und westdeutschen Haushalten schrumpfen. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einem zusammen mit dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) vorgelegten Bericht feststellt, machte das

Nachrichten aus den neuen Ländern

durchschnittliche verfügbare Haushaltseinkommen in den neuen Bundesländern Anfang 1991 etwas mehr als die Hälfte des entsprechenden Betrages in Westdeutschland aus. Bis Jahresende werden die Haushaltseinkommen von zehn bis 35 Prozent steigen, so daß sich der Abstand zum westdeutschen Niveau weiter verringert.

Investitionsbelebung in den neuen Bundesländern

In den neuen Bundesländern zeichnet sich eine breite Investitionstätigkeit ab. Wie Vorstandssprecher Gerhard Götte von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW, Frankfurt/Main) sagte, rechne die KfW damit, daß 70 Prozent ihrer Kreditzusagen von 1991 über 35 Milliarden DM auf die neuen Bundesländer entfielen. Im vergangenen Jahr lag der Anteil nur bei etwa 15 Prozent.

Infas: Konsumgüter aus Ostdeutschland für gut befunden

Konsumgüter aus Ostdeutschland werden von den meisten Bundesbürgern für gut befunden und sind bei den Kunden im Westen wie im Osten durchaus begehrt. Zu diesem Schluß kommt eine Studie des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas).

Außerdem sei die Bereitschaft, Ost-Produkte zu kaufen, bundesweit „recht hoch“. Eine Befragung von rund 2.000 Deutschen in Ost und West in den letzten beiden Juniwochen hat ergeben, daß in den neuen Ländern 88 Prozent der Kunden „gerne Güter kaufen“, die dort hergestellt werden. Fast 63 Prozent der Westbürger würden dies ebenfalls tun, wenn sie entsprechende Produkte in den Regalen ihrer Geschäfte fänden.

Schiesser will in sächsische Tochter 50 Millionen DM investieren

Die Schiesser-Gruppe (Radolfzell) will in Sachsen in den nächsten fünf Jahren rund 50 Millionen DM investieren. Der BekleidungsHersteller hat dort die Trikotex AG (Wittgensdorf) übernommen, die seit einiger Zeit im Lohnauftrag für die Schiesser-Gruppe fertigt. Die AG soll als selbständige Tochter in Schiesser Sachsen AG umbenannt werden und nach einer Vereinbarung mit der Treuhandanstalt ihre Belegschaft von 700 auf 800 Mitarbeiter ausbauen.

Fast zwei Milliarden DM für Mecklenburg-Vorpommern

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (Frankfurt am Main) hat für Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern bisher 11.000 Förderkredite über 1,9 Milliarden DM zugesagt. ■

Kommentar

Es läuft kräftiger an

In Halle sagt der Chef der Industrie- und Handelskammer, die Konjunktur fasse Tritt, und belegt die Aussage mit einer Umfrage, wonach die Aufträge in fast allen produzierenden Bereichen zunehmen. In Thüringen haben Städte und Gemeinden nahezu ihren gesamten Anteil aus dem Fünf-Milliarden-Programm „Aufschwung Ost“ verplant, die kreisfreien Kommunen haben schon neun von zehn Maßnahmen begonnen oder sogar bereits abgeschlossen.

Das mag nicht jeden Arbeitslosen trösten; dennoch: die Erkenntnisse von Halle und Thüringen sind mehr als das sprichwörtliche Licht am Ende des Tunnels. Sie zeigen, daß zumindest Teile der Industrie nach der schmerzhaften Wandlung vom SED-Plan zur Marktwirtschaft wieder Boden unter die Füße bekommen. Und daß die Milliarden aus den Bonner Töpfen der warme Regen sind für den neuen Mittelstand.

In Thüringens Landkreisen zum Beispiel wurden bereits 33 Prozent der kommunalen Investitionsmaßnahmen begonnen, bei 28 Prozent sind die Planungen beendet und die Aufträge vergeben. Noch in diesem Sommer wird dieser Aufschwung sichtbar.

Endlich kommt, was in den letzten Monaten vermißt und immer wieder angemahnt wurde. Doch waren wir nicht alle zu ungeduldig — die im Westen, die mehr Steuern zahlen müssen und wie am Zigarettenautomat sofort den Erfolg ziehen wollten, und die im Osten, die nach vierzig betrogenen Lebensjahren keine Stunde mehr verlieren wollten? Da wurden die Stimmen gerne überhört, die mahnten, das Geld müßte doch erst in konkrete Planung umgeformt werden, ehe es als handfeste Arbeit die Kraft zum Aufschwung bringt.

79,67 Millionen Einwohner in Deutschland

Am 3. Oktober 1990, dem Tag der Vereinigung Deutschlands, lebten im deutschen Staatsgebiet 79,67 Millionen Menschen. Das alte Bundesgebiet hatte zu diesem Zeitpunkt 63,56 Millionen Einwohner, die ehemalige DDR 16,11 Millionen. Das größte Bundesland ist Nordrhein-Westfalen mit 17,31 Millionen, das kleinste ist das Land Bremen mit 0,68 Millionen.

Bei den neuen Bundesländern liegt Sachsen mit rund 4,8 Millionen an der Spitze und an sechster Stelle in der Größenordnung aller Bundesländer. Ganz Berlin nimmt mit rund 3,43 Millionen den 8. Platz in der Größenordnung der 16 Bundesländer ein.

Die Zahlen für die alten Bundesländer sind aus den Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Mai 1987 auf den Vereinigungstag fortgeschrieben. Die Einwohnerzahlen für die neuen Bundesländer und den früheren Ostteil von Berlin sind aus dem zentralen Einwohnerregister der ehemaligen DDR ausgezählt.

Was hat man auf die überforderte Verwaltung im Osten geschimpft — oft zu Recht. Dennoch wurde noch nie soviel Geld in so kurzer Zeit in konkrete Projekte umgewandelt. Das sollte ein Vorbild sein, auch die großen Brocken wie Autobahnbau und neue Schienenstraßen ebenso mutig, forciert und zügig anzupacken. Für die Uhr im Osten laufen die westlichen Planungszeiten zu langsam.

aus: Die Welt

Erfolgreicher Parteitag der CDU Thüringen in Gera

Am 6. Juli veranstaltete die CDU Thüringen ihren 3. Landesparteitag im Kultur- und Kongreß-Zentrum in Gera. Gestärkt durch ein herausragendes Ergebnis und einen klaren Wählerauftrag bei den Landtags- und Bundestagswahlen im vergangenen Jahr tagten 46 Vertreter im Landesvorstand, 208 Delegierte und 114 Gäste ohne Pause 10 Stunden an diesem drückend heißen Samstag.

Parteivorsitzender und Innenminister Willibald Böck plädierte in seiner Eröffnungsrede für eine Politik aus christlicher Verantwortung. Orientierung an unverrückbaren Grundwerten „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“ und eine Politik von „unten nach oben“ sind für Böck die Grundlage einer erfolgreichen Politik.

Bezugnehmend auf eine ehrliche Vergangenheitsbewältigung forderte der Landesverbandsvorsitzende, daß sich die CDU, wie alle anderen ehemaligen Blockparteien auch, einer Überprüfung durch die Gauck-Behörde zu stellen habe. Außerdem sei die geistige und politische Auseinandersetzung „mit den wahren Zielsetzungen des Herrn Gysi und seiner Genossen“, aber auch mit der SPD zu führen.

Böck konstatierte eine erfreuliche Mitgliederentwicklung in der Thüringer CDU: „Seit Januar 1990 sind weit über 8 000 Neuaufnahmen zu vermelden. Auch wenn wir damit mehr neue Mitglieder für uns gewinnen konnten, als die gesamte SPD in Thüringen Mitglieder hat, muß dieser Erfolg weiterer Ansporn sein.“ Mit

40 Prozent liegt der Frauenanteil in der CDU Thüringen deutlich über dem Durchschnitt westlicher Landesverbände, dasselbe gilt auch für den 8 Jahre jüngeren Altersschnitt der Thüringer Parteimitglieder.

Willibald Böck trat in der engagiert und temperamentvoll gehaltenen Rede deutlich für eine konservative, liberale und soziale Landes-CDU ein, was im Presse-Echo durchweg positive Beachtung hervorrief: „Konservativ heißt dabei nicht, gebannt nach rückwärts zu blicken. Konservative Politik weiß sich dem Fortschritt verpflichtet. Tradition und Fortschritt sind zwei Seiten der gleichen Medaille.“

Bloße Bewahrung dessen, was ist, genügt nicht. Der Wandel der Gesellschaft, ihre

Josef Duchac: Wir müssen unsere Erfolge und Schwierigkeiten öffentlich und offensiv darstellen.

Herausforderungen und Widersprüche verlangen ständig neue Schritte. Das bedeutet konservativ, Gutes nur durch Besseres zu ersetzen.“

Den zweiten Höhepunkt des Parteitages setzte Josef Duchac, Ministerpräsident des neuen Bundeslandes Thüringen. In seiner ruhigen und besonnenen Art berührte er die Delegierten, wenn er auf den unglaublichen Wandel der deutschen Geschichte und die damit verbundenen Chancen der Menschen in Thüringen für



Politik aus christlicher Verantwortung — das ist Orientierung an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

ein besseres, von christlichen Motiven getragenes, freies Leben hinwies. Positiv bilanzierte der Regierungschef die neunmonatige Regierungsarbeit der CDU/FDP-Fraktion im Landtag. „Wir haben hart gearbeitet, aber es oft versäumt, Erfolge und Schwierigkeiten öffentlich und offensiv darzustellen.“ Duchac ging im Verlauf seiner Rede auch intensiv auf die Opposition im Lande ein und bemerkte, daß „die Sozialdemokraten jetzt mit den Mitteln der persönlichen Diffamierung vorgehen, weil sie sachlich keine substantielle Kritik bringen können“.

Mit stehendem Applaus begrüßten die Delegierten schließlich Eberhard Diepgen, der die Grußworte des Bundeskanzlers an den Parteitag überbrachte. In seiner Ansprache forderte der Regierende Oberbürgermeister von Berlin mit Nachdruck die volle Anerkennung der Dienstjahre für Angestellte des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern.

Nach lebhafter Aussprache folgte ein intensiver „Arbeitsparteitag“ unter Leitung des Thüringer Generalsekretärs Friedrich Claudius Schlumberger. 21 Änderungsanträge zur neuen Parteisatzung sowie 10 Initiativ-Anträge wurden behandelt und als Parteitagsbeschlüsse verabschiedet.

Im Mittelpunkt stand dabei der Schutz des Lebens, ausgehend von dem Grundsatz: der Schutz des Lebens ist unteilbar und bleibt die wichtigste Aufgabe, die uns Menschen anvertraut ist. Dazu gehört auch das ungeborene Leben. Bei aller Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau darf dieses jedoch niemals gegen ein Lebensrecht des Kindes ausgespielt werden.

Fazit des Landesparteitages in Gera: Ein inhaltlich bedeutender und — dank Landesgeschäftsführer Hans-Georg Rosenstock und seiner Mannschaft — organisatorisch gelungener Parteitag eines neuen CDU-Landesverbands. ■

Hilfe zur Selbsthilfe durch Bildung von Justizpartnerschaften

Für die Bildung von Justizpartnerschaften nach dem Vorbild von Städtepartnerschaften hat sich der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) Heinz Eyrich ausgesprochen. Derartige Partnerschaften könnten „ein tragendes Instrument für eine dauerhafte und effektive Aufbauhilfe der Rechtspflege in den neuen Bundesländern sein“.

Erste Anfänge zwischen west- und ostdeutschen Gerichten, Staatsanwaltschaften, Notariaten und Strafvollzugsanstalten seien bereits gemacht und würden vom BACDJ nachdrücklich begrüßt.

Nach Ansicht von Eyrich gilt es, dieses Modell der „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu institutionalisieren und zu fördern. In sol-

BACDJ-Vorsitzender Eyrich fordert Justizpartnerschaften zwischen alten und neuen Bundesländern.

che Partnerschaften könnten vor allem die von einer Tätigkeit in der Justiz der neuen Bundesländer zurückgekehrten Leihrichter und -beamten ihre Erfahrungen einbringen.

Dies erschiene um so sinnvoller, als der Aufbau einer rechtsstaatlichen, dem westlichen Standard entsprechenden Rechtspflege in den neuen Ländern eine länger-

PDS in Karlsruhe gescheitert

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Organstreitverfahren der PDS/LL erklärte der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Möller:

Das Bundesverfassungsgericht hat mit unmißverständlicher Deutlichkeit klargemacht, daß der PDS/LL im Deutschen Bundestag kein Fraktionsstatus eingeräumt werden muß. Damit ist der Standpunkt, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer vertreten hat, eindeutig bestätigt worden. Die Union begrüßt dies ausdrücklich. Die Mitwirkungsrechte, die die PDS/LL über ihren bisherigen Gruppenstatus hinaus nun noch zusätzlich erhält, sind minimal. Die Union respektiert diese Entscheidung und wird sie in die parlamentarische Praxis umsetzen.

fristige Aufgabe sei und die Unterstützung durch die westdeutsche Justiz in vielfältiger Weise auch dann noch notwendig sein werde, wenn die neuen Bundesländer in einigen Jahren auf eigenes ausgebildetes Personal zurückgreifen könnten. Der gegenwärtige Umfang personeller und sächlicher Hilfe für die ostdeutsche Justiz werde nicht von Dauer sein können.

„Die Zukunft der Justiz in den neuen Bundesländern liegt im juristischen Nachwuchs“, erklärte Eyrich. „Neben der Aus- und Fortbildung des überprüften Justizpersonals ist deshalb der Aus- und Aufbau von juristischen Fakultäten eine vorrangige Aufgabe in den neuen Bundesländern.“

Partnerschaft Ergste-Mochau

Mit der Übergabe eines Spielplatzes große Freude bei den Kindern in Sachsen ausgelöst

Um aktiv Wahlkampfhilfe für die Volkskammerwahlen zu leisten, war im Februar 1990 eine Delegation der CDU Ergste (Stadtverband Schwerte) spontan in den sächsischen Kreis Döbeln gereist. Seitdem bestehen nicht nur Kontakte zu Bürgern der ländlichen Gemeinde Mochau, sondern es haben sich auch die privaten Beziehungen durch wechselseitige mehrfache Besuche vertieft.

Erst jetzt wieder waren Mitglieder der Ortsunion Ergste in Mochau und lösten mit der Übergabe eines Spielplatzes zur großen Freude der Kinder dort ein bereits vor der Wende gegebenes Versprechen ein.

Der Spielplatz, der aus einer großen Rutsche, einer Wippe, einer Schaukel mit Kletterteil und einem Sandkasten besteht, wurde von Mitgliedern der Ortsunion und von Sponsoren durch Sach- und Bar-

spenden ermöglicht. Ortsunionsvorsitzender Bernhard Vickermann übergab die Spielgeräte anlässlich des Dorffestes, das die Mochauer für die Besucher aus Ergste veranstalteten.

Zum Dank für das Geschenk lud die Gemeinde Mochau die Ergster zu einer Fahrt nach Dresden mit Besichtigung der schönsten Sehenswürdigkeiten ein. Abends fand im „Haus der Sachsen-Jugend“ ein Familientanz mit zünftiger Blasmusik statt. ■

Schlußabrechnung für den Golfkrieg liegt noch nicht vor

Zu der Kritik, die Bundesregierung habe bisher keinen Versuch unternommen, zuviel gezahlte Golfhilfen von den USA zurückzufordern, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Manfred Carstens:

Dieser immer wieder geäußerte Vorwurf ist ein untauglicher Versuch, die deutsche Unterstützung für unsere Verbündeten in der Golfkrise in Mißkredit zu bringen. US-Finanzminister Nicholas Brady hat Bundesfinanzminister Theo Waigel persönlich zugesichert, die USA würden zuviel erhaltene Gelder zurückerstatten, sobald die Schlußabrechnung vorliege. Die USA wollten an den Finanzbeiträgen ihrer Partnerländer nicht verdienen.

Wenn die Schule wieder anfängt

Bestellen Sie rechtzeitig unser Poster (DIN A 1) mit dem freundlichen Appell an den Autofahrer für die Zeit nach den Ferien, wenn die Schulanfänger zum ersten Mal ihren Schulweg gehen.

Bestell-Nr.: 7277

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 36,- DM.

Bestellungen an: IS-Versandzentrum
Postfach 13 28, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Unser schönes Deutschland



„ Deutschland ist ein schönes Land. Es bietet Reisenden eine beeindruckende Vielfalt von Kirchen und Klöstern, von Schlössern, Burgen und historischen Stadtbildern sowie eine überwältigende Fülle von Theatern, Museen und Galerien, die vom kulturellen Reichtum unseres Landes zeugen. Dieses Land konnte und durfte nicht geteilt bleiben.“

Bundeskanzler Helmut Kohl

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

23/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.